



BLICKPUNKT BILDUNG DLH

Stundenplan

Uhrzeit	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag
8.00 – 8.45		Teilung 6d Deutsch	8c Deu	Teilung 6d Deutsch	8b Deu
8.50 – 9.35	Verfügungsst.	8c Deu	8c Deu	8c Deu	8c Deu
9.50 – 10.35	8c Geschi	8b Geschi	Mentor- stunde	8b Geschi	8c Geschi
10.40 – 11.25	10a Politik	10b Politik	8b Deu		10a Politik
11.45 – 12.30	8b Deu	LK Deutsch		Aufsicht päd. Insel	10b Politik
12.35 – 13.20	8b Deu	Lk Deutsch		8b Deu	
13.25 – 14.10		Dienstag 20.00 Eltern- abend 8c, Auf- satz 8b korr!	LK Politik	Donnerstag, 15.00 Fachkonf. Deutsch, bis Montag Aufsatz 8b korr.!	
14.15 – 15.00			LK Politik		
15.25 – 16.10	Betreuung Ganzttag		Mittwoch, 12.00 Ge- spräch m. Referend. Aufsatz 8b korr!		
16.15 – 17.00	Betreuung Ganzttag				

Lasst uns in Ruhe (arbeiten)!

Gewerkschaft für Schule und Bildung im dbb

Schule und Schulpolitik

Das Zwei-Säulen-System aus Stadtteilschule und Gymnasium	3
Jungenpädagogik	4

Aktuelle Themen

Die Lehrerkammerwahl	5
Die Lehrerkammerwahl, 2. Teil	6
Die Mitgliederversammlung 2013	7
Presseerklärung zum Förderbedarf	7
PE zum Abiturientenwahn	7
So viele Lehrer wie noch nie	8
Gespräch mit dem Senator	9
Deutscher Lehrertag 2013	10
Die Rechtschreibung muss geübt werden	10
Checkliste für die Anfangszeit	10
Tagung der VBE-Senioren	11

Recht und Besoldung

Besoldungs- und Versorgungsanpassung	12
Gesundheitliche Eignung von Beamtenbewerbern	12

DLH gegen Mobbing

Hinweis	13
---------	----

Aus unserer Geschäftsstelle

Neubesetzung der Geschäftsstelle	13
----------------------------------	----

Besprechungen

170 Jahre Thalia-Theater	13
--------------------------	----

Personalia

Wir gratulieren und wir gedenken	14
----------------------------------	----

DL-Humor

„Könnten Sie sich vorstellen?“	14
--------------------------------	----

Was noch zu sagen wäre

Der VLHGS: Plädoyer für die Beibehaltung von G8	14
---	----

Liebe Kolleginnen und Kollegen,



nehmen Sie es mir nicht übel, wenn dieses Editorial vorwiegend von Stadtteilschulen handelt. Seien Sie versichert, dass wir auch die anderen Schulformen fest im Blick haben! Aber die aktuelle Lage erfordert eine ausführliche Auseinandersetzung mit den Entwicklungen dieser Schulform, von denen sich manches auch auf andere Schulen übertragen lässt. Immer mehr große Firmen stoßen Teile ihres Unternehmens ab, um sich stärker um ihr Kerngeschäft zu kümmern. Im Klartext heißt das, dass offensichtlich nicht ein Unternehmen alles gleich gut kann, und wenn es das trotzdem versucht, unwirtschaftlich wird.

Schulen – vor allem Stadtteilschulen – sind mittlerweile zu großen Bildungsunternehmen geworden, die aber genau das stemmen sollen: Bildung und Erziehung von Schülern inklusive Defizit ausgleich für Kinder bildungsferner Elternhäuser, ganztägige Betreuung und Versorgung in der Schule, Zusammenarbeit mit außerschulischen Lernpartnern, Ausgleich sozialer Nachteile, individuelle Förderung im sprachlichen Bereich, Integration und Inklusion, Verkehrserziehung, Gesundheitserziehung, Aufklärungsunterricht, Vorbereitung von Bewerbungen, Berufspraktika die Liste ließe sich fortsetzen. Alles soll von der Stadtteilschule gleich gut geleistet werden. Für sich gesehen sind alle diese Aufgaben für die Ausbildung Jugendlicher ganz wichtig, aber kann eine Lehrkraft oder auch ein Klassenkollegium alle diese Aufgaben gleich gut wahrnehmen? Müsste es nicht möglich sein, dass auch Lehrer sagen, dass sie sich auf ein Kerngeschäft besinnen wollen?

Ich habe in der letzten Zeit mit vielen Kolleginnen und Kollegen gesprochen, die ihre Überlastung beim DLH abgeladen haben: Die Zahl der Koordinationskonferenzen, mit denen alle die Aktivitäten, die Schule entfaltet, aufeinander abgestimmt werden müssen, nimmt mit der Fülle der Aufgaben stetig zu – sogar so weit, dass Kollegien auf den Erlass eines Präsenztages durch die Behörde freiwillig verzichten, um vor Schuljahresbeginn

wenigsten ein bisschen Struktur in den Ablauf der folgenden Monate zu bringen. Wenn dann der Unterricht endlich beginnt, müssen die Planungen mit den Schülern weitergehen; ein Gutteil der Unterrichtsstunden geht mit der Organisation des Alltags drauf. Praktikumsplätze müssen gefunden werden, Kurswahlen in der Oberstufe müssen organisiert werden, Arbeits- und Studienpläne mit den Schülern besprochen werden, Exkursionen müssen terminiert und Geld dafür eingesammelt werden und nicht zuletzt muss Zeit sein für Gesprächsrunden, in denen die Schüler ihr privat Erlebtes und Konflikte, die sich in der Schule ergeben, aufarbeiten können. Während all dieser Aktivitäten hat die Lehrkraft noch nicht eine einzige Stunde gut geplant und es hat noch keine einzige fachbezogene Unterrichtsstunde für die Schülerinnen und Schüler stattgefunden.

Die letzte Meldung: Die Studie „Kess13“ hat gezeigt, dass die Abiturienten an Stadtteilschulen im Lernstoff 2 Jahre zurückliegen! Wen wundert das, wenn man die vielfältigen Aufgaben betrachtet, die eben vor allem die Stadtteilschulen in der Mittelstufe zu bewältigen haben?

Die Gymnasien definieren sich vor allem über den Bildungsbegriff (was wegen des großen Zulaufs trotz G8 immer schwerer wird). Die Stadtteilschulen versuchen eine Definition ihrer selbst als Schule für alle über Integration und Inklusion. Das gelingt ihnen auch weitestgehend. Die Kolleginnen und Kollegen leisten an beiden Schulformen Großartiges. Nur wünschen sich die Politiker von beiden Schulformen die „Eier-legende-Woll-Milch-Sau“. Die Gymnasien sollen Schüler, die sie einmal aufgenommen haben, möglichst nicht wieder abgeben, so dass sie in den Mittelstufen zunehmend mit den gleichen Problemen zu kämpfen haben wie die Stadtteilschulen, und die Stadtteilschulen sollen neben der Inklusion ohne ausreichendes Personal auch noch gleichwertige Abiturienten produzieren. Funktionieren kann das eigentlich nicht – wir brauchen Schulen, die sich auf ein Kerngeschäft verstehen oder Abteilungen in den Schulen, die ein Kerngeschäft wahrnehmen. Vielleicht war die Abkehr von der äußeren Differenzierung an den Gesamtschulen, die von den Stadtteilschulen übernommen wurde, doch nicht in jedem Fall der goldene Wurf? Wir sollten uns in diesem Punkt zumindest nicht aus allzu großer politischer Korrektheit ein Denkverbot erteilen.

Sicher soll Schule Kinder aus allen gesellschaftlichen Bereichen und mit unterschiedlichen Stärken und Defiziten zusammenführen. (Aber es ist wohl wie in einer guten Ehe: so viel zusammen machen wie möglich, aber so viel getrennt wie nötig.)

So wie es im Moment läuft, verbrennen wir die Lehrerinnen und Lehrer und wir frustrieren Schüler und Schülerinnen, die sich in den riesigen Systemen mit dem Organisationswirrwarr nicht mehr zurechtfinden.

Häufiger habe ich in der letzten Zeit folgende Frage gehört: Ist es nicht ein Wahn, dass die Abiturientenquote über 50 % gestiegen ist, wenn gleichzeitig die Hälfte aller Abiturienten gar kein Studium aufnimmt? Reichten dann für die Ausbildung im Betrieb nicht auch 10 Jahre Schule? Sind die weiteren zwei bis drei Jahre Schule gut investierte Lebenszeit? Entscheiden Sie selbst; ich traue mir in der augenblicklichen Situation kein Urteil zu. Selbst bei einem mehrheitlichen „Ja“ ließe sich dieser gesellschaftliche Prozess nicht von heute auf morgen stoppen, da bei Eltern, die zu Recht das Beste für ihr Kind wollen, zumeist das Abitur die ultima ratio ist.

Auf jeden Fall, und da scheinen sich fast alle Parteien und Kommentatoren einig, muss in den Mittelstufen der Stadtteilschulen ein Konzeptionswandel stattfinden.

Ich plädiere dafür, dass Kurse eingerichtet werden, die Kerngeschäfte erledigen. „Individualisierung des Lernprozesses“ heißt dann, dass nicht jeder jeden Kurs besuchen kann und muss, jeder Kurs aber ein klar umrissenes Ziel hat, dessen Nicht-Erreichen auch festgestellt werden darf.

Zu guter Letzt: Gehören Sie auch zu denen, die Schüler und Schülerinnen in der Mittelstufe der Stadtteilschulen betreut haben? Sind Sie nach der Kess-13-Meldung genau so frustriert wie die anderen Betroffenen, die ich in der letzten Zeit gesprochen habe? Das müssen Sie nicht, denn – und das ist das Positive an den letzten Meldungen – diesmal hat niemand den Lehrerinnen und Lehrern reflexartig die Schuld gegeben. Und die Kolleginnen und Kollegen, die in den Oberstufen der Stadtteilschulen arbeiten, haben sogar Defizite aus den Mittelstufen wieder ausgeglichen! Die Stadtteilschulen können es also doch. Man muss uns Lehrer nur in Ruhe arbeiten lassen. Dieses Motto werden Sie auch im Wahlkampf für die Wahl zur Lehrerkammer wiederfinden, aus der wir dank Ihrer Unterstützung hoffentlich gestärkt hervorgehen, um die Stimme noch lauter erheben zu können.

*Es grüßt Sie ganz herzlich
Helge Pepperling
Vorsitzender des DLH*

Die derzeitige Situation der Stadtteilschulen:

- Die pädagogischen Konzepte an den früheren Haupt- und Realschulen und den Gesamtschulen wurden ersatzlos beendet. Hier sind zu nennen
- die Beendigung des Technik-Konzeptes,
- die integrativen Lehrpläne,
- das teilweise gute Lernklima, das durch die verstärkte Stellung der Klassenführung geschaffen werden konnte und
- die äußere Leistungsdifferenzierung an den Gesamtschulen, die den stark unterschiedlichen Lernniveaus der Schüler/innen Rechnung trug.
- Die Stadtteilschulen mussten ohne jede Vorbereitung und fast ohne zusätzliche Ressourcen mit der Inklusion beginnen.
- Auch gegenwärtig schultern die Stadtteilschulen die Inklusion zu über 90%. Die Ressourcen sind keineswegs ausreichend.
- Ein pädagogischer Bezug zu den „§12-Kindern“ kann durch die kurzzeitig eingesetzten sonderpädagogischen „Springer“ nicht aufgebaut werden.
- Die dringend nötige individuelle Zuweisung der Ressourcen – auch für LSE-Kinder findet nicht statt.
- Die Zuweisung nach der KESS-Gruppierung wird den wahren Bedarfen vieler Stadtteilschulen nicht gerecht. Daran ändert auch die aktuelle, ressourcenneutrale Umverteilung der BSB nichts.
- An vielen Stadtteilschulen finden wir leistungshomogene Klassen im unteren Leistungsbereich vor. Die wenigen leistungsfähigen Schüler/innen auf Gymnasialniveau können nicht adäquat gefördert werden.
- Ein hoher Migrantenanteil erschwert den Unterricht, die verbale Gewalt gegen Schüler/innen und Lehrkräfte nimmt zu.
- Die Vielzahl der neu hinzugekommenen Aufgaben (Konferenzen, Koordination der verschiedenen Professionen, verstärkt notwendige Elternarbeit, dringend notwendige intensive Fortbildung) wird in keiner Weise in der LAZ-VO abgebildet und belastet die Kolleginnen und Kollegen zusätzlich zu der Anspannung des Unterrichtens in schwierigen Klassen in starkem Maße.
- Eine qualitativ weiterführende sonderpädagogische Fortbildung mit der entsprechenden Entlastung für Lehrer/innen in Inklusionsklassen fehlt weithin.

Schule und Schulpolitik

Das Zwei-Säulen-System aus Stadtteilschule und Gymnasium

Die Stadtteilschule und das Gymnasium als die beiden Säulen des Hamburger Schulsystems müssen gestärkt werden. Dies gilt in besonderem Maße für die Stadtteilschulen, da sie

- als neue Schulform gestaltet werden müssen,
- eine sehr inhomogene Schülerschaft haben und
- die Inklusion praktisch allein schultern müssen.

Aber auch die Gymnasien können nur effektiv arbeiten, wenn die andere Säule, die Stadtteilschule, lebensfähig ist und gesellschaftlich akzeptiert wird.

Um das Zwei-Säulen-System zu stärken und weiterzuentwickeln setzt sich der **DLH** dafür ein, dass es bei dem Abitur nach acht Jahren am Gymnasium und nach neun Jahren an der Stadtteilschule bleibt.

Es ist wenig zielführend, aus pädagogischen Gründen den einen Weg zum Abitur ablehnen und den anderen als den richtigen ansehen zu wollen: Beide Wege können pädagogisch sinnvoll gestaltet werden.

Es geht vielmehr darum, den Kolleginnen und Kollegen ihre Arbeit durch erneute Unruhe nicht zusätzlich zu erschweren und darum, das Zwei-Säulen-System zu stabilisieren.

Der neunjährige Weg zum Abitur auch an den Gymnasien könnte den Stadtteilschulen schweren, vielleicht sogar existentiellen Schaden zufügen und in der Folge auch die spezifisch gymnasiale Arbeit unmöglich machen.

Ein stabiles System aus Stadtteilschule und Gymnasium ist jedoch durch den gegenwärtigen Zustand der Stadtteilschulen gefährdet.

- Die unregelmäßigen und stark ausweiteten Dienstzeiten an Ganztagschulen sind unreguliert. Es fehlt eine DV zur Regelung der Arbeitszeit.
- An den Schulen gibt es nur wenige ruhige Arbeitsplätze für die Kolleginnen und Kollegen. Diese sind gleichwohl gezwungen, in der Schule zu bleiben, weil die langen Präsenzzeiten – zum Teil von 8.00 bis 20.00 - dies erforderlich machen.

Deshalb fordert der DLH für die Stadtteilschulen:

- In den Inklusionsklassen muss aus einem gemischten Team der Professionen von 3 bis 5 Personen schrittweise eine durchgehende Doppelbesetzung erreicht werden.
- Die Stadtteilschulen müssen die Möglichkeit bekommen, auch äußere Differenzierung zu organisieren. Nur mit Binnendifferenzierung allein lässt sich die Leistungsspanne zwischen Sonderschülerinnen und -schülern

einerseits und gymnasialen Schülerinnen und Schülern andererseits oftmals nicht bewältigen. Dies muss vor Ort von der Schule selbst entschieden werden können.

- Auch eine Zügigkeit in Richtung auf die drei Abschlüsse sollte an einer Schule prinzipiell möglich sein.
- Es soll Stadtteilschulen möglich sein, Verbünde zu bilden, wenn deren Lage im Stadtteil dies zulässt. Dann ist es nicht notwendig, an jeder Stadtteilschule eine gymnasiale Oberstufe zu bilden. Dies könnte für eine gezieltere pädagogische Arbeit fruchtbar gemacht werden.
- Der sonderpädagogische Förderbedarf muss auch für die LSE-Kinder individuell ermittelt werden.
- Die Kolleginnen benötigen bei Unterrichtsstörungen und Gewalt nicht nur beratende Unterstützung, sondern eine effektive Intervention. Dazu müssen die ReBBZ so ausgestattet wer-

den, dass sie die Regelschulen durch eine zeitlich befristete Einrichtung von Kleinklassen, Kleingruppen und Einzelunterricht für Schüler/innen, die nicht mehr in der Regelklasse beschulbar sind, wirkungsvoll entlasten können.

- Eine intensivierete Fortbildung der Kolleginnen und Kollegen in Integrationsklassen mit Unterrichtsentlastung muss – mit Stundenentlastung - endlich bereitgestellt werden.
- Der **DLH** fordert die BSB auf, eine Dienstverordnung für Lehrer an Ganztagschulen zu erstellen.
- Die stark ausweiteten Tätigkeiten und Aufgabenbereiche der Kolleginnen und Kollegen müssen ihren Niederschlag in einer grundlegend neu gefassten LAZ-VO finden.

*Der Vorstand des **DLH**
(Vorgelegt vom Fachbereich G-St-So)*

Jungenpädagogik



An einem Sonnabend im August nahmen trotz besten Wetters viele Kolleginnen und Kollegen an der Fortbildungsveranstaltung im Li mit dem Thema „Jungenpädagogik“ teil. Die große Anzahl der interessierten Teilnehmerinnen und Teilnehmer zeigt, dass im 21. Jahrhundert das Thema Gender und Geschlechtergerechtigkeit in der Schule nicht überholt ist.

Bekannt ist, dass es statistisch gesehen immer noch wenige Frauen in Führungspositionen in Unternehmen, aber auch im öffentlichen Dienst gibt. In den Schulen hat sich die Lernerfolgsquote zugunsten der Mädchen verstärkt, dennoch erhalten Mädchen trotz besserer Noten keinen Ausbildungsplatz in sog. „Männerberufen“ oder werden beim Gehalt schlechter eingruppiert.

An Schulen ist die Lernerfolgsquote von Jungen ein besonders brennendes Problem.

Dr. Lehner¹ verneinte jedoch in seinem Vortrag „Brauchen Jungen männliche Vorbilder“ die These, dass Jungen in Zeiten gelebter weiblicher Selbstverwirklichung und Selbstwirksamkeit in der Schule ins Hintertreffen geraten. Dass die sog. „Verweiblichung“ der Schule keine Erklärung bietet, stellte

¹ <http://www.uni-klu.ac.at/pallorg/inhalt/1102.htm>

Dr. E. Lehner anhand neuester psychologischer Studien überzeugend vor. Psychologisch gesehen wählen Kinder ihre persönliche Orientierung nach individuellen Bedürfnissen und nach dem Angebot von Reizen in ihrem Lebensumfeld aus. Erst gesellschaftlich vermittelte Rollenbilder und Geschlechterzuordnungen geben diesem Prozess eine bestimmte Richtung.

Zu einem gleichberechtigten Geschlechterverständnis und einer demokratischen Beziehung der Geschlechter lässt sich feststellen, dass trotz des biologischen Unterschieds beide Geschlechter gleichwertig gut für die Erziehung von Jungen geeignet sind. Wesentlicher für den Erfolg als die Unterschiedlichkeit der Geschlechter ist die Tandemsituation, wie sie sich z.B. in Klassenlehrerteams ausdrückt. Die Orientierungsmöglichkeit in Auseinandersetzung mit zwei Lehrerpersönlichkeiten bietet analog der Elternsituation die Möglichkeit, zwischen Verhaltensweisen auszuwählen und den eigenen Weg zu finden. Auch das Lernen an Modellen (Badura) führe zu keiner linearen Widergabe höchstens zu einer Modifikation des beobachteten Verhaltens.

Der Diplompädagoge, O. Jantz plädierte in seinem anschaulichen Vortrag für einen ressourcenorientierten Blickwinkel bei Verhaltensauffälligkeiten von Jungen. Ihm zufolge verbergen sich dahinter jungenspezifische Ziele, die

leicht übersehen werden, aber häufig mit dem Wettbewerbsverhalten in der Peergroup der Jungen zusammenhängen. Es ginge darum, dieses Verhalten der Jungen verstehen zu lernen, um sie dann für Schule zu begeistern.

Fazit der Veranstaltung für mich und viele andere Teilnehmende war: die Sensibilisierung für eine gendergerechte Schule ist notwendig – auch am Gymnasium. Jungen am Gymnasium sind möglicherweise – beeinflusst durch das Elternhaus - schulerfolgsorientierter, Teilnehmer beklagten jedoch, dass am Gymnasium störende Verhaltensmuster von Jungen häufiger wahrgenommen würden als die von Mädchen. Auf Leitungsebene ist zu beobachten, dass Schulleiterinnen ihre Schulleitungsteams gerne männlich besetzen, um sich den nötigen Rückhalt zu verschaffen.

Dabei spielt bei der Gestaltung der gendergerechten Schule die Schulleitung eine zentrale Rolle. Sie kann das Kollegium bei der Bereitschaft unterstützen, ein aufgeklärtes Bewusstsein zu entwickeln und eigene geschlechterbezogene Zuordnungen immer wieder zu hinterfragen. Das umfasst die geschlechtergerechte Verteilung von Fortbildungen zur Schulentwicklung ebenso wie die Förderung eines Gremiums, das sich immer wieder mit dem Thema auseinandersetzt.

Susanne Ehlers

Aktuelle Themen

Die Lehrerkammerwahl Ende November 2013

Es ist nach vier Jahren wieder soweit!

Alle im Schuldienst befindlichen aktiven Pädagogen sind wahlberechtigt, also auch Sozialpädagogen und Erzieher. Es werden sich voraussichtlich wieder die beiden bekannten Gewerkschaften mit einer Liste aufstellen, die aus mindestens je 4 Kandidaten aus dem Gymnasium, der Stadtteilschule, der Grundschule und den beruflichen Schulen bestehen müssen, dazu ein Kandidat aus dem Sonderschulwesen inkl. der ReBBZ's (früher REBUS).

Wählen Sie wieder die Liste des **DLH** und motivieren sie andere Kollegen, dies auch zu tun. Jede Schule ist ein

der Bürgerschaftswahl ist der Trend genau anders herum, nämlich in Richtung kumulieren, panaschieren usw.) Bei der Lehrerkammerwahl muss man sich für eine Liste entscheiden. Die Anzahl der Kandidaten, die in die Lehrerkammer gewählt werden, hängt – wie bei jeder Verhältniswahl – von der Anzahl der Stimmen ab, die auf die jeweilige Liste entfallen ist.

Was passiert eigentlich in der Lehrerkammer?

Wir bearbeiten und beraten die Vorlagen, die uns von der Schulbehörde zugesandt werden, bzw. wir werden auch manchmal im Voraus informiert, was

Welche besonderen Positionen vertritt der **DLH**?

Bei der Primarschule waren wir gegen die geplante Reform, weil z.B. die 7. Klasse (Pubertät) als Bestimmungsort für die weitere Schullaufbahn ungeeignet ist, weil das längere gemeinsame Lernen erzwungen werden sollte und weil die Planung unseriös war.

Beim Schulschwimmen haben wir uns für mehr schulische Betreuung ausgesprochen. Dies ist aber von der Behörde aus finanziellen Gründen nicht erwünscht.

Wir haben uns für die Integration von ausländischen Lehrkräften ausgesprochen, die über gute Deutschkenntnisse verfügen, weil wir in den nächsten

Jahrzehnten viele pensionierte Lehrkräfte durch neue ausgebildete Kollegen ersetzen müssen und nicht durch nachgeschulte Hausfrauen oder andere, kostengünstige, aber nicht hinreichend qualifizierte Kräfte.

Wir haben uns für eine gut vorbereitete Einführung der Inklusion ausgesprochen, mussten aber leider mit ansehen, wie die damalige Schulsenatorin mit der Tür ins Haus fiel, den Eltern viel versprach, aber in der Behörde nichts vorbereitet hatte. Seit dem kämpft der **DLH** für eine Nachbesserung (Lehrpläne endlich erstellen, mehr Personal

an die Schulen, keine überhastete Abschaffung der Sonderschulen, die Hervorragendes geleistet hatten und haben, bevor nicht erprobte gute Alternativen vorhanden sind), um die Kinder richtig fördern zu können und die Kollegen nicht so schnell „ausbrennen“ zu lassen.

In den etwa 10 Sitzungen pro Jahr erhalten wir auch besondere Informationen zu den Ergebnissen von Studien (z.B. KESS und LAU) oder zu den Ergebnissen der Schulinspektionen. Bei diesem Thema hat sich der **DLH** für mehr Realitätssinn und mehr Praxisnähe ausgesprochen. Wir haben – unter dem Zwang sparen zu müssen – auch die Beschneidung oder gar Abschaffung der Schulinspektion vorgeschlagen,



Einige unserer Kandidatinnen und Kandidaten. V. l.: Walter Plinke, Jan-Dirk Strauer, Susanne Ehlers, Wolfgang Plothe-Mitzlaff, Jutta Ramin.

Wahllokal, also steht in jeder Schule in der Wahlwoche (vermutlich Ende November bis Anfang Dezember) eine Wahlurne, bei zwei Standorten auch zwei Wahlurnen. Diese Wahlurnen werden zusammengekippt und an einem Standort z.B. vom Schulpersonalrat ausgezählt. Das Ergebnis wird dann der rechtzeitig zur Zählzentrale gemailt.

Seit der letzten Wahl gilt das Listenprinzip, das heißt die Reihenfolge der Liste kann durch den Wähler nicht verändert werden. Dies wurde so von beiden Gewerkschaften gewählt, weil die Arbeit, die ehrenamtlich gemacht werden muss, sonst zu umfangreich ist. (Bei

demnächst geplant ist, wie z.B. ein neuer SEPL (Schulentwicklungsplan). Thematisch hatten die Vorlagen u. a. mit der Inklusion und der daraus folgenden Veränderung in der Sonderschullandschaft zu tun, mit der Veränderung des Schulschwimmens, den Abiturbedingungen, den beruflichen Ausbildungsgängen, der Ausweitung des Ganztagsbetriebes, der Schulinspektion, der Umformung der Hamburger Schullandschaft (Primarschule ja oder nein, Zwei-Säulen-Modell, Hamburger Schulfrieden), der Umgestaltung des Li (früher IFL), der Integration und Nachschulung von ausländischen Lehrkräften usw.

was in der Politik aber nicht gewollt war. Stattdessen hat der Schulsenator die Ausbildung der Referendare verschlechtert. Mehrfach haben die Delegierten des **DLH** auf verschiedenen Ebenen interveniert, um die gelungene Konzeption der „alten“ Ausbildung (Letzter Start war 1.11.2012) nicht dem Sparzwang zu opfern. Selbst sinnvollen Argumenten wollte sich der Schulsenator, der sich offenbar festgelegt hatte, nicht mehr wirklich stellen.

Zusammengefasst kann man sagen:

Die Delegierten des **DLH** haben in der Lehrerkammer immer pragmatische, an einer sinnvollen Pädagogik orientierte Position bezogen, und wenn möglich, mit der anderen Gewerkschaft eine konstruktive Veränderung der Behördenvorlage erarbeitet, so dass hier und da, besonders dann, wenn auch noch andere Stimmen aus den anderen Kammern oder von Expertenanhörungen dazu kamen, un-

sere Verbesserungsvorschläge aufgenommen wurden.

Die Arbeit ist manchmal anstrengend (man muss viel lesen), dauert mitunter bis 22 Uhr (und dann beginnt erst der Heimweg) und manchmal frustrierend, wenn man schlechte Pläne nicht richtig

umbiegen kann. Sie ist aber auch bereichernd (man erfährt viel von den anderen Kollegen an den Schulen), informativ (bei guten Vorträgen über die Hintergründe von Studien) und inzwischen bei einem guten Arbeits- und Streitklima in der Kammer auch menschlich angenehm.

plomi

Jetzt folgt der vordere Teil unser **DLH-Lehrerkammerliste:**

Nr	Nachname	Vorname	Jahrgang	Schulf.	Schulname
1	Ehlers	Susanne	1967	Gy	Liese-Meitner
2	Plothe-Mitzlaff	Wolfgang	1950	St	Bramfeld
3	Aust	Max	1950	Gwerb.	G7
4	Ramin	Jutta	1952	St	Otto-Hahn
5	Strauer	Jan-Dirk	1963	Gy	Charlotte-Paulsen
6	Konow	Detlef	-	H	H10
7	Hammer	Heike	1964	G	Marschweg
8	Sylla-Fiedelmeyer	Jörg	1954	Gy	Eppendorf
9	Pepperling	Helge	1956	St	Erich-Kästner
10	Plinke	Walter	1955	H	H7
11	Lamker	Gerald	1974	Gy	Margarethe-Rothe
12	Krauß	Werner	1950	St	Maretstraße
13	Bruckner	André	1975	Gwerb.	G7
14	Blass	Wolf-D.	1954	Gy	Farmsen
15	Möller	Thomas	1961	St	Hamburg-Mitte
16	Plöger	Julika	1982	Gwerb.	G7

Lehrerkammerwahl, 2. Teil

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das genaue Datum der Wahl steht noch nicht fest, aber es kann gut sein, dass die nächste Ausgabe von „Blickpunkt Bildung“ für einen Hinweis zu spät kommt. Voraussichtlich Ende November, vielleicht auch Anfang Dezember wird gewählt.

Deshalb soll hier darüber berichtet werden, was eine fleißige Arbeitsgruppe schon vorbereitet hat, damit der **DLH** in der Lehrerkammer wieder unsere Interessen vertreten kann.

Wenn Sie alle dabei mithelfen, dass an jeder Schule unsere Plakate hängen und jede Kollegin und jeder Kollege unser Faltblatt bekommt, dann wäre das dankenswert!

Es geht uns darum, die Sorgen und Belastungen der Kolleginnen und Kollegen in unseren programmatischen Aussagen abzubilden und darzustellen, dass diese im Zentrum unserer Bemühungen in der zukünftigen Lehrerkammer stehen werden.

Unter der Überschrift

„Wir wollen, dass Sie wieder in Ruhe unterrichten können“!

haben wir nach ausführlicher Diskussion mit Kolleginnen und Kollegen aller Fachbereiche die folgenden Themen subsumiert:

Vorrang für Pädagogik und guten Unterricht

- Zwei-Säulen-System stärken
- Gymnasien und Stadtteilschulen mit ihren spezifischen Profilen ausbauen
- Mythen der Pädagogik (Kompetentorientierung / Individualisierung) kritisch hinterfragen
- Rückbesinnung auf die Vermittlung von Wissen und Werten
- Ausbau der Ganztagschulen nicht auf dem Rücken der Pädagoginnen und Pädagogen
- Lehrgesundheit schützen – keine zusätzlichen Aufgaben ohne Ausgleich
- Profil der beruflichen Gymnasien stärken
- Fachberufsschulprinzip stärken – aber nur mit ausreichender Entlastung
- Qualität der Schulabschlüsse sichern
- Doppelbesetzungen für Inklusionsklassen – anders geht es nicht
- Sonderschulen erhalten, Professionalität bewahren
- Referendarausbildung statt Referendarausbeutung
- Reformen langfristig vorbereiten
- LAZ-Vo grundlegend reformieren

An dem abgebildeten Plakatentwurf haben wir eine ganze Weile gearbeitet. Wir sind gespannt, ob es im Druck so wird wie beabsichtigt und natürlich, ob es seine Wirkung tut.



Bitte schauen Sie vor der Wahl auch in unsere Homepage oder rufen Sie uns in der Geschäftsstelle unter 25 52 72 an, wenn Sie Fragen oder Anregungen haben.

Der Vorstand des **DLH**

Die Mitgliederversammlung 2013

Für den Fall, dass Sie „BB“ doch noch vor unserer diesjährigen MV in den Händen halten, hier das Wichtigste in Kürze:

Die diesjährige MV des **DLH** findet am 24. September 2013 in den Räumen der Handwerkskammer Hamburg im

Zunftsaal, Holstenwall 12, 20355 Hamburg, statt. Beginn ist um 17.00 Uhr.

Im Anschluss an die Mitgliederversammlung wird Prof. Heidemann über das Thema „Körpersprache im Unterricht – soziale Kompetenz ist erlernbar“ referieren.

Wir erwarten eine interessante Veranstaltung!

Auf jeden Fall wird „BB“ in der nächsten Ausgabe über die MV berichten.

Der Vorstand des DLH

Die Presseerklärung des DLH zum Förderbedarf

Gestiegenen Förderbedarf anerkennen – Stadtteilschulen unterstützen!

Der **DLH** ist besorgt darüber, dass die stark gestiegene Anzahl von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf (LSE-Kinder) von dem Schulsenator mindestens zum Teil als Etikettenschwindel angesehen wird. Hiermit tut er den Stadtteilschulen Unrecht und stellt die dringend notwendige Hilfe in Frage.

Für die gestiegene Anzahl der LSE-Kinder gibt es die folgenden Gründe:

- Die Kinder, die vor der Abschaffung der Integrationsklassen (nicht „Inklusionsklassen“) dort betreut wurden,

sind bisher bei den Berechnungen nicht berücksichtigt worden.

- Die nach wie vor unzureichende personelle und materielle Ausstattung der Inklusionsklassen führt bei den Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf öfter zu Lern- und Verhaltensschwierigkeiten als an einer gut ausgestatteten Förderschule mit speziell ausgebildeten Pädagogen.
- Die stark gestiegene Unruhe in oft großen Regelklassen führt dazu, dass mehr Kinder als bisher Probleme haben, dem Unterricht zu folgen.
- Die Anzahl der Kinder mit Lern- und Verhaltensdefiziten in Hamburgs sozialen Brennpunkten ist gestiegen.

Der **DLH** beobachtet mit Sorge, dass die Inklusion an einer Reihe von Stadt-

teilschulen wieder in Exklusion umschlägt.

Der Vorsitzende des **DLH**, Helge Pepperling: „Viele Kolleginnen und Kollegen atmen auf, wenn sich in den wenigen, doppelt besetzten Stunden ein Sonderpädagoge mit einer Gruppe von LSE-Kindern einen anderen Lernort sucht. Das kann nicht das Ziel der Inklusionsbemühungen sein.“

Deshalb fordert der **DLH** erneut, endlich auch für die LSE-Kinder ein individuelles sonderpädagogisches Gutachten zu erstellen, an das der Förderbedarf des Kindes gekoppelt ist.

Damit würde Klarheit geschaffen und die Stadtteilschulen bekämen genau die Unterstützung, die sie brauchen.

Der Vorstand des DLH, 29.08.2013

Die Presseerklärung des DLH zum Abitur

Der Abiturientenwahn: Abitur ohne Niveau?

Das Streben nach immer höheren Abiturquoten hat wahnhaftige Züge angenommen und überfordert insbesondere die Stadtteilschulen in der Mittelstufe. Die Ergebnisse der KESS-13-Studie zeigen auf, dass sich die Stadtteilschulen in einer gefährlichen Schieflage befinden.

Sie ist durch die folgenden Fehlentwicklungen gekennzeichnet:

- Durch den so genannten „kompetenzorientierten Unterricht“ werden die Leistungsanforderungen abgesenkt.
- Der Wegfall des Sitzenbleibens führt zu geringerer Lernbereitschaft und zu niedrigeren Leistungsergebnissen. Zugleich sollen aber auch die Stadtteilschulen zum Abitur führen.
- Die Abschaffung der äußeren Differenzierung hat ebenfalls zu Leistungseinbußen geführt. Ihre Wiedereinführung in Englisch, Mathematik und Deutsch ist überfällig: Die BSB hatte – viel zu spät – ihre Fehleinschätzung in Bezug auf die Möglichkeiten der Binnendifferenzierung korrigiert. Die Aufhebung der Binnendifferenzierung zu Gunsten der äußeren Differenzierung ist keineswegs verpflichtend.

- In den Stadtteilschulen sollen Inklusionsschüler/innen, Schüler/innen mit gymnasialem Lernniveau und lernschwache Kinder gemeinsam lernen. Das ist mit der bisherigen Ausstattung nicht zu schaffen. Zusätzliche Förderung vor allem für Schüler/innen mit gymnasialem Lernniveau und für Inklusionskinder bleiben auf der Strecke.

Wenn die Schüler/innen ab Klasse 11 in den Stadtteilschulen - von einem niedrigen Startniveau aus – Lernfortschritte erzielen, ist das erfreulich. Es belegt jedoch vor allem, dass die Konzepte der BSB für die Klassen 5 bis 10 der Stadtteilschulen falsch sind. Hier betragen die Lernrückstände bis zu zwei Jahre.

Deshalb hält der **DLH** die folgenden Forderungen für unabdingbar:

- Die Stadtteilschulen müssen so ausgestattet und organisiert werden, dass sie die Erwartungen an sie auch erfüllen können.
- Die gymnasialen Schüler/innen an den Stadtteilschulen müssen intensiver als bisher gefördert werden.
- In beiden Säulen des Hamburger Schulsystems muss der kompetenz-

orientierte Unterricht durch das Primat der Vermittlung von Wissen und Werten abgelöst werden.

- Die Schulen müssen wieder über die Klassenwiederholung als eine von mehreren pädagogischen Maßnahmen entscheiden können.
- Jugendliche, die das Abitur in diesem Lebensabschnitt nicht erreichen können, sollen nicht unter Absenkung der Anforderungen in eine Sackgasse geschickt werden.

Der **DLH** befürchtet, dass das gesamte Hamburger Schulsystem in eine gefährliche Schieflage gerät: Der Weg, über den einfachen und mittleren Bildungsabschluss in eine Berufsausbildung einzutreten, wird vernachlässigt.

Wenn nur noch eine möglichst hohe Abiturientenquote gilt, führt dieser „Abiturientenwahn“ nicht nur zur Abwertung des Abiturs, sondern auch zu einer Vernachlässigung der Berufsausbildung im dualen System aus Berufsschulen und Ausbildungsbetrieben.

Er wird damit weder den Fähigkeiten der Jugendlichen noch den Bedürfnissen der Betriebe gerecht.

Der Vorstand des DLH, 05.09.2013

So viele Lehrer wie nie



15.245 Lehrerstellen an den staatlichen allgemeinen und berufsbildenden Schulen gab es noch nie in Hamburg. Auf Grund von vielen Teilzeitstellen verbergen sich dahinter viel mehr Personen. Ähnlich ist es bei den weiteren pädagogischen Stellen. Auf Grund dessen sank die rechnerische Zahl von 12,6 (2012/13) auf 11,7 Schüler pro Pädagoge in diesem Schuljahr. Wenn man bedenkt, dass in Hamburg an vielen Stellen (z.B. in der Kultur) gespart wird bzw. aus Sicht der Politiker gespart werden muss, ist das ein Erfolg unseres Schulsenators. Und zwar ein bedeutender, auch angesichts von Eurogräbern wie z.B. der Elbphilharmonie.

Profitiert haben davon vor allem die Grund- und Stadtteilschulen, die mit der Inklusion bekanntermaßen besonders zu kämpfen haben. Man kann nur hoffen, dass später auch die berufsbildenden Schulen, wenn die Inklusionskinder (hier eigentlich schon längst Jugendliche) bei ihnen ankommen, eine ausreichende Ausstattung erhalten und ein tragfähiges Konzept vorliegen haben. Die Gymnasien hingegen bleiben bezüglich der Versorgung relativ zurück. Naturgemäß wird dies von den dort Beschäftigten bedauert und auch für falsch gehalten, weil ???

Dennoch gibt es durchaus **Probleme bei der Personalversorgung** in den Grund- und Stadtteilschulen. Vermutlich werden die ersten größeren Engpässe bei der seit 2013 an die Schulen verlagerten Kinderbetreuung ab 6 Jahren in den besonderen Zeiten (morgens vor der Schule, nachmittags nach der Schule und in den Ferienzeiten) auftreten. Die Schulen bekommen das Personal für diese Betreuungszeiten erst dann zugewiesen, wenn der Bedarf belegt ist, d.h. die Eltern müssen Anträge unterschreiben und abgeben haben. Besonders für die Herbstferien könnte das von vielen Eltern erst im September erfolgen. Wenn dann die Schule im Oktober die Stelle oder den Stellenanteil zugeschrieben bekommt, kann der Schulleiter mit der Ausschreibung der Stelle beginnen. Wenn alles gut klappt, ist das Personal zum 1. Februar 2014 da, wenn es denn auf dem Hamburger Arbeitsmarkt genug Bewerber gibt. Schließlich suchen in diesem Zeitraum ja viele Schulen zusätzliches Personal. Wir müssen also befürchten,

dass sich für manche Stelle keine ausgebildete Person einstellen lässt. Und was passiert bis dahin? Die Schulen müssen die Kinder mit dem vorhandenen Personal betreuen. Teilzeitbeschäftigte könnten vorübergehend ihrem Beschäftigungsumfang aufstocken, Vollzeitbeschäftigte nicht. So steht die Befürchtung im Raum, dass vorübergehend andere Tätigkeiten „ausgedünnt“ werden, z.B. die Betreuung von Inklusionsschülern. Das trifft nicht nur diese Schüler, sondern wird auch viele Lehrkräfte treffen, die in den Klassen mit Inklusionsschülern arbeiten.

Die bedeutendsten Veränderungen passieren im Bereich der **Sonderschulen**. Die 24 Sprachheil- und Förderschulen wurden aufgelöst und in die 13 Beratungszentren (früher REBUS, seit letztem Herbst ReBBZ genannt) integriert. Die 13 speziellen Sonderschulen, auf denen Kinder mit Sinnesschädigungen (Blinde, Gehörlose, Schwerhörige) oder anderen schweren körperlichen oder geistigen Behinderungen beschult werden, bleiben bestehen.

Was nicht in der Presseerklärung steht, sind die vielen neu entstandenen Probleme. Viele Beratungszentren haben jetzt noch **mehr Standorte als bisher**. Es wird noch zu untersuchen sein, ob durch diese Veränderung die Anzahl der Pendellehrer gestiegen ist. Diese erhalten leider keine Pendelentlastung, weil sie ja an einer Dienststelle beschäftigt sind. Natürlich pendeln auch die Schulleitungen zu den oft weit entfernt liegenden Zweigstellen. Mindestens einmal pro Woche müssen sie an jedem Standort präsent sein.

Außerdem wurden Schulen mit unterschiedlichen Ausstattungen und Konzepten zusammengefügt, meist ohne ausreichenden zeitlichen Vorlauf. Als Folge davon begannen langwierige Fusionsprozesse und entstanden an manchen Standorten Provisorien, z.B. im Kantinenbetrieb. Vermutlich wird das einige Zeit so bleiben, weil bauliche Veränderungen nicht schnell zu Wege gebracht werden können. Die Eltern erwarten den „Service“ ab dem Schuljahresbeginn, die Wirklichkeit hält dem nicht Stand. Dazu fehlt es an einigen Orten am richtigen Personal. Besonders schwierig wird es bei Krankheitsfällen, weil die Vertretungsreserven nicht ausreichen oder nur in der „falschen“ Profession vorhanden sind. So will ein Sonderschulpädagoge

nicht unbedingt die Arbeit eines Sozialpädagogen übernehmen, wenn dort ein Engpass vorliegt. Hier wird noch einiges nachzubessern sein, wenn der Schulbetrieb verlässlich und professionell funktionieren soll.

Die **Schülerzahl** nimmt in Hamburg insgesamt zu, weil im Vorschulbereich und in den Grundschulen die Zahlen steigen. Die geringen Verluste im Bereich der Gymnasien, Stadtteilschulen und berufsbildenden Schulen wiegen das nicht auf.

Die Klassenfrequenzen sinken geringfügig an nahezu allen Schulformen.

Darüber hinaus werden erstmals 23 Schulen mit sozial stark benachteiligter Schülerschaft gezielt gefördert. Die weniger belasteten Schulen müssen dazu einen kleinen **Solidaritätsbeitrag** leisten. Dies und die Umsteuerung bei den Sozialindices, die schon im März bekannt gegeben worden ist, hat schon und wird noch zu weiteren Protesten führen. Versetzt man sich in die Lage des Entscheiders, hier des Schulsenators, so kann man doch sagen, das bisher mit Augenmaß umgesteuert worden ist, auch wenn die „Zurückgesetzten“ naturgemäß nicht zufrieden sind. Wenn man beklagt, dass die jetzigen Werte ungerecht sein könnten, dann können es die damaligen auch gewesen sein. Eine hundertprozentig sichere und gerechte Lösung wird es wohl nie geben. Besonders problematisch scheint es im Bereich der **Förderung von Kindern mit Legasthenie und Dyskalkulie** zu werden. Reichen die schulinternen Förderprogramme nicht aus, tritt die Außerunterrichtliche Lernhilfe (AUL) auf den Plan. Hier ist in letzter Zeit zu einem starken Anstieg gekommen, die in der Schulbehörde für Kopfzerbrechen gesorgt hat. Der Behördensprecher Peter Albrecht wies darauf hin (wie schon im letzten Schuljahr der Schulsenator selbst auch), dass es in letzter Vergangenheit zu einer plötzlichen Verdopplung der Fallzahlen bei den zu fördernden Kindern gekommen sei. Um dies nicht weiter ausufern zu lassen, wurde nun festgelegt, dass in diesem Schuljahr eine festgelegte Obergrenze von 563.000 Euro zur Förderung zur Verfügung steht, egal wie viele Fälle tatsächlich vorhanden sind. Die Einhaltung dieser Grenze soll dadurch erreicht werden, dass z.B. Kinder in Zukunft zu zweit gefördert werden sollen (statt einzeln) und auch nicht mehr unbedingt mindestens ein

ganzes Schuljahr (sondern eine kürzere Zeit). Wenn Eltern dennoch eine Einzelförderung wünschen, sollen sie pro Monat 250 € hinzubezahlen. Das können logischerweise nur betuchte Eltern leisten. Besonders in sozial schwachen Gebieten wird das zu einer Förderung zweiter Klasse führen. Selbst wenn man Verständnis dafür hat, dass der Fördertopf nicht unbegrenzt steigen kann, so ist zu fragen, ob diese politische Entscheidung der Begrenzung der Mittel an dieser Stelle so sinnvoll ist. Wäre eine umfassende Förderung dieser wachsenden Schülerschaft wie bisher nicht wichtiger als z.B. eine geringfügige Senkung der Klassenfrequenz im Durchschnitt? Vielen Klassenlehrern ist mehr geholfen, wenn sie möglichst viele Schüler haben, die dem Unterricht folgen können als einen Schüler weniger zu haben. Ein überforderter und damit oft auch mehr störender Schüler „zählt“ gefühlsmäßig wie zwei oder drei „normale“ Schüler.

Noch schwieriger erscheint mir das Thema der **Schulinspektionen**. Der zweite Zyklus hat im März 2013 begonnen, nun mit den Schwerpunkten „Unterricht“ und „Qualitätsentwicklung“. Natürlich wird auch mehr Augenmerk als bisher auf die Bereiche „Inklusion“ und „Ganztag“ gelegt. Das könnte konsensual sein. Richtig strittig wird die geplante Veröffentlichung der Inspek-

tionsergebnisse sein. Bisher erhielten zunächst die Schulleitungen und dann die Lehrerschaft (inkl. der anderen Pädagogen) die Ergebnisse präsentiert und erläutert. Nun sollen die wesentlichen Stärken und Schwächen der Schulen im Internet veröffentlicht werden. Damit haben Redakteure aller Medien und die Elternschaft Zugriff auf die Ergebnisse, und es wird vermutlich zum Missbrauch der Daten kommen. Vor allem Vereinfachungen lassen sich dem Leser oder User vermitteln, und die sind logischerweise damit zumindest unscharf, wenn nicht auch im Sinne der ursprünglichen Absicht womöglich falsch. So weit ich es sehe, steht der **DLH** mehrheitlich nicht hinter der Veröffentlichung. Wir wissen, was in England passiert ist. „Schlechte“ Schulen - aus der Sicht der Eltern - werden sehr wahrscheinlich „geschnitten“ werden. Soll eine Schule dann „auslaufen“? Was wird mit dem Gebäude? Oder soll mit neuer Schulleitung und auch neuem Konzept an gleichem Standort eine Schule mit neuem Namen gestartet werden? Vielsagende Namen wie „Schule am See“, „Schule am Kirchturm“ oder „Schule am Park“ sind ja schon im Umlauf. Wäre damit der Bevölkerung im Umkreis wirklich geholfen?

Neues Konzept zur Berufsorientierung
Bekannterweise ist der Arbeitsmarkt in Hamburg für eine Ausbildung suchende Schüler seit Jahren schwierig. Auch die

im Speckgürtel wohnende niedersächsischen und schleswig-holsteinische Schüler bewerben sich um Ausbildungsplätze in Hamburg, und das mit zunehmendem Erfolg: Mehr als 50% der Ausbildungsplätze gehen an sie. Das liegt zum einen daran, dass sie im Durchschnitt leistungsfähiger sind (weniger Schüler mit Migrationshintergrund, mehr normale Familien) als auch daran, dass die Eltern dieser Kinder mehr Unterstützung leisten (können). An diesen Tatsachen lässt sich vermutlich wenig ändern.

Ob eine Umstellung der Berufsorientierung (früher Arbeitslehre) in den Hamburger Schulen diesen Trend anhalten oder gar umdrehen kann, ist zweifelhaft. Vor allem die geplante Maßnahme, ab diesem Schuljahr probeweise und ab dem kommenden Schuljahr verbindlich **zwei Berufs- oder Betriebspraktika** in der 9. Klasse zu planen und durchzuführen, wird von vielen bezweifelt. Natürlich waren in der 8. Klasse noch nicht alle Schüler reif genug, sich einen Praktikumsplatz zu suchen und dann das Praktikum erfolgreich zu bestehen. Aber zwei dreiwöchige Praktika in der 9. Klasse nehmen so viel Unterrichtszeit in Anspruch, dass für die Hauptfächer und die Vorbereitung auf den ersten Bildungsabschluss (früher Hauptschulabschluss) zu wenig Zeit übrig bleiben könnte.

plomi

Gespräch mit dem Schulsenator



Am 11. Juni war der Senator zu Gast in unserer Geschäftsstelle. Der Vorsitzende des **DLH**, Helge Pepperling, begrüßte den Senator und dankte ihm für diese Gelegenheit der Aussprache. Auf Wunsch des **DLH** wurde mit dem Thema „Teilfreistellung für den 1. Vorsitzenden des **DLH**“ begonnen. Da der **DLH** als der kleinere Mitbewerber der GEW eine vollständige Freistellung finanziell nicht schultern kann und dies auch nicht anstrebt, ging es bei den Anfragen an die BSB immer um diese Teilfreistellung. Sie wurde jedoch bisher immer abgelehnt.

Erfreulich war, dass der Senator sich diesem Anliegen gegenüber aufgeschlossen zeigte, zumal von Seiten des **DLH** versichert wurde, dass hierdurch der BSB keine zusätzlichen finanziellen

Lasten entstünden. (Der **DLH** wird dieses Thema weiter verfolgen.)

Bei dem zweiten Punkt ging es ebenfalls um eine verbandsrechtliche Frage, und zwar um die Majorisierung des **DLH** durch die GEW, die nach Ansicht des **DLH** nicht Geist und Buchstaben des PersVG entspricht. Der Senator äußerte sich nicht in der Sache. Er wies lediglich darauf hin, dass er hier nicht zuständig sei und die Berufsverbände unmittelbar gefordert seien.

Bei dem Thema der beruflichen Belastung der Lehrkräfte überraschte es nicht, dass Divergenzen und unterschiedliche Einschätzungen der Situation sichtbar wurden. Der Senator verwies auf die hohe Zahl der Hamburger Lehrkräfte, das günstige Lehrer-Schüler-Verhältnis und die vielen Hilfen, die z. B. Schulen in Problemgebieten erhalten hätten.

Dies wurde vom **DLH** nicht in Abrede gestellt, er verwies jedoch auf die Fülle

neuer Aufgaben, die von den Lehrkräften zu schultern seien und die keinerlei Niederschlag in der LAZ-VO gefunden hätten. Die Schwierigkeiten, mit denen sich die Kolleginnen und Kollegen konfrontiert sähen, wären gewaltig und keineswegs durch adäquate Ressourcen abgesichert. Beispiele hierfür wären die Situation an den Stadtteilschulen und die Umsetzung der Inklusion.

Bei der Beurteilung der Situation der Stadtteilschulen wurden unterschiedliche Schwerpunkte gesetzt: Der Senator betonte die Notwendigkeit, die Stadtteilschulen als Schulform mit dem neunjährigen Weg zum Abitur darzustellen um ihre Akzeptanz und Fachlichkeit zu stärken. Der **DLH** betonte, dass vor allem der praxis- und berufsvorbereitende Weg zum Basis- und zum mittleren Schulabschluss betont werden müsse, weil der Anteil der Abiturienten an Stadtteilschulen klein sei und klein bleiben werde. Dort lägen die Stärken

der Stadtteilschulen. Eine einseitige Fixierung der Stadtteilschulen auf das Abitur wäre kontraproduktiv.

Der Senator und der **DLH** vertraten gemeinsam die Ansicht, dass es bei den beiden Wegen G8 und St9 zum Abitur bleiben muss, um keine neue Reformhektik in die Schulen zu tragen. Der Se-

nator betonte, Hamburg biete bereits flächendeckend G8- und G9-Schulen an und sei damit besser aufgestellt als die meisten anderen Bundesländer.

Zum Thema „Unterrichtsgestaltung“ und „Binnendifferenzierung“ stand ein pädagogischer Gedankenaustausch im Vordergrund. Besserer Unterricht sei

entscheidend und Binnendifferenzierung könne nicht als Allheilmittel für alles und jedes angesehen werden. Hier gab es viele Berührungspunkte zwischen den Positionen.

Der Vorsitzende des **DLH** dankte dem Senator für das Gespräch.

Deutscher Lehrertag 2013

Der Deutsche Lehrertag 2013 findet am Freitag, dem 29. November von 10.00 bis 17.00 Uhr, im Kongresszentrum der Westfalenhallen in Dortmund, Strobelallee 41, 44139 Dortmund, statt.

Den Hauptvortrag zum Thema „Class-

room Management in inklusiven Lerngruppen“ hält Prof. Dr. Clemens Hillenbrand, Institut für Sonderpädagogik und Rehabilitation der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg.

Anmeldung zum Deutschen Lehrertag: online ab 17. Oktober 2013

Anmeldeschluss: 22. November 2013. Teilnahmegebühr inkl. Mittagsimbiss: 25 € (VBE-Mitglieder 15 €) Ausstellungsorganisation und Gestaltung des Workshop-Programms liegen bei der VBM Service GmbH.

Die Red.

Die Rechtschreibung muss geübt werden!



Eigentlich ist das gar nicht so schwer einzusehen: Richtig schreiben zu können, erwirbt man nicht durch einen Gedankenblitz, durch eine plötzliche Einsicht, sondern durch fleißiges Üben.

Das ist so, weil das richtige Schreiben zu lernen ein prozeduraler Lernprozess ist.

Im Grunde wissen wir das alle, denn wer greift nicht mindestens hin und wieder zum Duden, weil ganz plötzlich eine Unsicherheit über eine Schreibweise entstanden ist? Oft genügt es auch, das Wort in mehreren Varianten niederzuschreiben und man erkennt die richtige Schreibweise wieder.

Trotzdem hat man diese Einsicht zur Seite geschoben, wie ich meine aus einer falsch verstandenen „Pädagogik vom Kinde aus“. Man meinte, dass jeder Eingriff in den Schreiblernprozess die Freude und die Spontaneität des Kindes zerstören würde. Das stimmt aber nicht. Man kann Kindern ruhig ein wenig mehr zutrauen.

Wenn ich mir vergegenwärtige, welche Fülle von Informationen das Gehirn

in diesem Lernbereich aufnimmt und sinnvoll verwaltet, gerate ich immer wieder ins Staunen. Und weil das so ist, empfiehlt es sich doch, dem Gehirn ein wenig behilflich zu sein und ihm nicht unnötige Schwierigkeiten zu bereiten. Genau Letzteres geschieht aber, wenn zuerst in der Schule zwei Jahre lang ausschließlich die Schreibung nach den Lautwerten verlangt wird und dann plötzlich ab Klasse 3 auf eine regelhafte Schreibweise, die ja in der Tat auch in der deutschen Sprache oft vom Lautbild abweicht, erlernt werden soll. Das ist der falsche Weg!

Es ist gut und richtig, dem Kind die Freude an seinen ersten kleinen Texten keinesfalls zu nehmen, aber das schließt in keiner Weise aus, dass man

hier und da behilflich ist und z. B. einmal „Mutter“ vorschreibt, weil das Kind ja eher „Mutta“ gehört und es auch so geschrieben hat. Dadurch trägt es keinen seelischen Schaden davon.

Für die Schule bedeutet das, schon in der ersten Klasse mit dem begleitenden Schreiblehrgang zu beginnen, Wörter zu strukturieren, gleiche Wortbestandteile wieder zu erkennen das Wortbildgedächtnis zu trainieren u. v. a. m.! Das heißt ja nicht, mit dem Rotstift in den wunderschönen kleinen Geschichten der Kinder „herumzufuhrwerken“! Dass man das gut unter einen Hut bekommen kann, erlebe ich z. Z. bei meinem sechsjährigen Enkelsohn. Die Sache hat aber noch einen weiteren Aspekt, der über den individuellen Lernschaden, den man beim Kind verursachen kann, hinausgeht:

Wenn man das Kind nur dem lautierenden Schreiben überlässt, werden die Kinder, die im Elternhaus Hilfen bekommen, das korrigieren können, die anderen nicht (so gut). Und dann öffnet sich, völlig unnötiger Weise, die Schere zwischen Kindern aus bildungsnahen und bildungsfernen Elternhäusern noch weiter.

Und das wollen wir nicht!

Dieter Semprich



Referendariat - Checkliste für die Anfangszeit

Für die Anfangszeit des Vorbereitungsdienstes kann diese Checkliste als Orientierungshilfe nützlich sein:

Wichtig:

- Die Krankenversicherung überprüfen. Lohnt sich eine private Krankenversicherung?

- Die notwendigen Unterlagen (Lohnsteuerkarte [fällt zukünftig weg], Heiratsurkunde, Geburtsurkunde der Kinder) der Besoldungsstelle vorlegen.
- Abschluss einer Amtshaftpflichtversicherung, die auch das Abhandeln von Dienstschlüsseln

deckt, abschließen. **Letzteres ist bei Mitgliedern des DLH bereits im Mitgliedsbeitrag enthalten.**

- Abschluss einer Dienstrechtsschutzversicherung (Dienstrechtsschutz **ist bei Mitgliedern des DLH bereits im Mitgliedsbeitrag enthalten**)

Möglicherweise bedenken:

- Teilnahme am Großkundenabonnement des Hamburger Verkehrsverbundes (HVV) wegen der deutlichen Ersparnis.
- Statuswechsel (**öffentlicher Dienst**) bei der Kraftfahrzeug-, Hausrat- und Haftpflichtversicherung melden (günstigere Tarife!).

Woran ist in der Schule zu denken?

Im Kollegium:

- Vorstellung beim Schulleiter, im Kollegium, bei Sekretärin und Hausmeister
- Wer ist noch als Lehramtsanwärter/in an der Schule?

- Wer gehört zum Schulpersonalrat?
- Telefonnummern und E-mail-Adressen des Kollegiums erbitten.
- Gepflogenheiten des Kollegiums und Besonderheiten der Schule erkunden
- Welche Gewerkschaften sind an der Schule vertreten?
- Feste Mentorenstunden vereinbaren

Räumlichkeiten und Organisation

- Rundgang durch die Schule
- Meine Schlüssel für Klassen-, Fachräume und Lehrerzimmer in Empfang nehmen
- Vervielfältigungsmöglichkeiten erkunden
- Wo ist das Schwarze Brett, die Pinnwand, das Mitteilungsbuch?

- Wie werden die Informationen von Personalrat und **DLH** bekannt gegeben?
- Meinen Stundenplan abholen
- Vertretungsplan, Raumverteilungsplan und Gesamtstundenplan erklären lassen.
- Wer sind die Fachlehrer für meine Fächer?
- Wer ist mein Mentor?
- Fach-, Karten-, Sammlungs- und Geräteräume sowie Schulbibliothek kennenlernen
- Wo können Verfügungen, Erlasse, Konferenzbeschlüsse eingesehen werden?
- Gibt es wichtige schulinterne (Fach-) Konferenzbeschlüsse?

Tagung der VBE-Senioren

Das bereits traditionelle Jahrestreffen der VBE-Seniorenvertreter aus den Ländern fand vom 20. bis 22. August in Königswinter statt. VBE-Bundes-seniorensprecher Max Schindlbeck (BLLV), der in seinem Amt bestätigt wurde, sprach sich zufrieden aus, dass seit Gründung der AG Senioren auf VBE-Bundesebene die Erfahrungen und Probleme der im Ruhestand befindlichen Mitglieder des VBE eine kräftige Aufwertung erfahren haben. Der Aufbau seniorenspezifischer Informationsangebote, der beständige Erfahrungsaustausch über die Lage der Senioren in den einzelnen Bundesländern und die Möglichkeit, sich in Seni-

orenpolitik einzubringen, hätten dazu geführt, dass die gewerkschaftliche Interessenvertretung durch den VBE konsequenter alle Generationen im Lehrerberuf zusammenführt. Als stellvertretender Bundesseniorensprecher wurde auch Gerhard Kurze (VBE NRW) wiedergewählt.

Als besonderen Erfolg bewertete die AG der Senioren im VBE Bundesverband die Gründung der dbb Bundesseniorenvertretung.

Im Ergebnis der im November 2012 beschlossenen neuen Satzung von dbb beamtenbund und tarifunion findet am 18./19. November der erste dbb Bundessenioren-Kongress statt. Der

VBE wird mit 15 Senioren-Delegierten vertreten sein. Außerdem werden die VBE-Seniorenvertreter drei Anträge einbringen, die sich mit der Sicherung der Altersbezüge, den geplanten Gesundheitsreformen und der künftigen Seniorenzeitung befassen.

VBE-Bundesvorsitzender Udo Beckmann dankte in Königswinter den VBE-Senioren für deren Engagement. Zur Wiederwahl gratulierte er Max Schindlbeck und Gerhard Kurze. Er freue sich auf die weitere Zusammenarbeit und auf seniorenpolitische Initiativen.

Im Bild 2. von links: Kollege Peter Braasch



Recht und Besoldung

Besoldungs- und Versorgungsanpassung

dbb hamburg macht Druck und hat Erfolg!

Politische Einsicht wächst...

Ausgelöst durch den Brandbrief des dbb hamburg an den Ersten Bürgermeister kommt nun tatsächlich Bewegung in die leidige Angelegenheit der verzögerten Besoldungs- und Versorgungsanpassung 2013/ 2014.

Mit einem fraktionsübergreifenden „Nachantrag“ zur heutigen Bürgerschaftssitzung wurde der Gesetzentwurf zur Besoldungs- und Versorgungsanpassung 2013/ 2014 auf den Weg gebracht.

Um genau 20.05 Uhr votierten die Abgeordneten der Hamburgischen Bürgerschaft einstimmig in 1. und 2. Lesung für das Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz 2013/ 2014. Von daher wird die Besoldungsanpassung (samt Nachzahlung) 2013 bereits zum 01.10.2013 an die verbeamtete Kollegenschaft ausgezahlt. Die Besoldungs- und Versorgungsanpassung 2014 kann demzufolge ebenso pünktlich zum 01.01.2014 erfolgen.

Auch die Thematik Beihilfe wurde heute

–ausgelöst durch unseren Brandbrief in der Bürgerschaft eingehend diskutiert. Mit Drucksache 20/ 8952 hatte die CDU einen Antrag eingebracht, wonach das IT-Verfahren e-Beihilfe zügig umgesetzt werden und für ausreichend Personal in der Beihilfestelle gesorgt werden soll. Die SPD legte nach (Drucksache 20/ 9107) und will zusätzlich die Hamburgische Beihilfeverordnung vereinfachen. Kurz vor der Bürgerschaftssitzung hatte der Vorsitzende des dbb hamburg nochmals viele Abgeordnete auf die anhaltende Misere im ZPD hingewiesen. Unisono sprachen sich alle Fraktionen für eine möglichst rasche Lösung des „Problems“ aus.

Finanzsenator Tschentscher verwies auf die bekannten „angeschobenen“ Sofortmaßnahmen (zusätzliches Personal zum 01.10.2013; Express-Schalter; Samstagsarbeit; mittelfristig Einführung des IT-Verfahrens e-Beihilfe) und unterstützt (erwartungsgemäß) den Antrag der SPD-Fraktion. Zudem wird Senat und Bürgerschaft zwei neue dauerhafte Planstellen in der Beihilfe zur Verfügung

stellen. Der Sprecher der regierenden SPD-Fraktion (Wolfgang Tode) will diese Reform ohne Abstriche bei den Leistungen durchsetzen. An diesen Worten werden wir die SPD messen.....

Letztendlich wurde die Drucksache 20/ 9107 mit der Mehrheit der SPD-Fraktion als weitergehender Antrag angenommen; der CDU-Antrag erhielt keine Mehrheit.

Der dbb hamburg wird nun nachlegen. Erste politische Gespräche zu möglichen Abschlagzahlungen bei fortdauernder langwieriger Beihilfebearbeitung sind bereits geführt worden.

Zum Thema e-Beihilfe: An der Bereitstellung dieses IT-Verfahrens arbeitet dataport seit Ende 2011; die geplante Einführung zum Anfang 2014 wird vermutlich nicht eingehalten werden können; das wundert so recht niemanden.....

Der dbb hamburg bleibt am Ball!

An dieser Stelle nochmals einen besonders herzlichen Dank an die Beschäftigten in der Beihilfestelle, die trotz allem Ungemach einen tollen Job machen!

gez. Rudolf Klüver

Gesundheitliche Eignung von Beamtenbewerbern

Pressemitteilung Nr. 52/2013, BVerwG 2 C 12.11; BVerwG 2 C 18.12, 25.07.2013

Beamtenbewerber, deren Leistungsfähigkeit gegenwärtig nicht eingeschränkt ist, sind gleichwohl gesundheitlich als Beamte nicht geeignet, wenn ihre vorzeitige Pensionierung vor Erreichen der gesetzlichen Altersgrenze überwiegend wahrscheinlich ist. Dies gilt auch für Bewerber, die einer Risikogruppe angehören oder an einer chronischen Erkrankung leiden. Das hat das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig heute entschieden und damit den bisher für die gesundheitliche Eignung zugrunde gelegten generellen Prognosemaßstab zugunsten der Bewerber abgesenkt.

Die Kläger sind Lehrer, die im Angestelltenverhältnis beschäftigt werden, deren gesundheitliche Eignung für eine Übernahme in das Beamtenverhältnis auf Probe aber wegen des gesundheitlichen Risikos der vorzeitigen Pensionierung abgelehnt worden war. Der Kläger im Verfahren BVerwG 2 C 12.11 ist an Multipler Sklerose erkrankt, die Klägerin im Verfahren BVerwG 2 C 18.12 leidet an einer Verformung der Brust-

wirbelsäule (sog. Scheuermannsche Erkrankung). Bei beiden Klägern ist ein Grad der Behinderung von 30 festgestellt, sie sind jedoch Schwerbehinderten nicht gleichgestellt.

Das Oberverwaltungsgericht hat die behördlichen Entscheidungen insoweit bestätigt, als die Kläger keinen Anspruch auf Verbeamtung haben. Es hat die Beklagten jedoch verpflichtet, über die Anträge erneut zu entscheiden. Die gesundheitliche Eignung sei bei weniger stark behinderten Bewerbern wie den Klägern bereits dann gegeben, wenn aufgrund einer Prognose überwiegend wahrscheinlich sei, dass sie bis zur gesetzlichen Altersgrenze Dienst leisten können. Für nicht behinderte Bewerber müsse diese Prognose dagegen eine hohe Wahrscheinlichkeit ergeben.

Das Bundesverwaltungsgericht hat auf die Revisionen der Kläger die Urteile aufgehoben und die Verfahren an das Oberverwaltungsgericht zurückverwiesen. Dieses wird insbesondere erneut darüber zu entscheiden haben, ob die Kläger nach dem Prognosemaßstab gesundheitlich geeignet sind, den das Bundesverwaltungsgericht nunmehr

für alle Bewerber mit Ausnahme der Schwerbehinderten bestimmt hat. Angesichts der Unsicherheiten einer über einen derart langen Zeitraum abzugebenden Prognose dürfen die Anforderungen an den Nachweis der gesundheitlichen Eignung nicht überspannt werden. Für eine negative Prognose aktuell leistungsfähiger Bewerber bedarf es daher tatsächlicher Anknüpfungspunkte, die eine vorzeitige Pensionierung aus gesundheitlichen Gründen als überwiegend wahrscheinlich erscheinen lassen. Weitere Erleichterungen hat der Gesetzgeber nur für schwerbehinderte Bewerber vorgesehen. Dagegen sind Vergünstigungen für weniger stark behinderte Bewerber durch einen nochmals abgesenkten Prognosemaßstab angesichts ihrer geringeren Schutzbedürftigkeit weder verfassungs- noch unionsrechtlich geboten.

Die Verwaltungsgerichte haben die gesundheitliche Eignung abschließend zu klären; der Verwaltung steht insoweit - anders als bei der Beurteilung der fachlichen Eignung - kein nur eingeschränkt nachprüfbarer Beurteilungsspielraum zu.

Arbeitskreis

„DLH gegen Mobbing“



Liebe Kollegin, lieber Kollege,
wenn Sie Beratungsbedarf haben, wenden Sie sich an uns über die Telefonnummer der Geschäftsstelle 25 52 72 oder mit einer E-Mail:
info@dl-hamburg.de

Der Arbeitskreis **DLH** gegen Mobbing:
Brigitte Dilly, Bernd Kallweit, Gertrud Römer



Aus unserer Geschäftsstelle

Neubesetzung der Geschäftsstelle



Wie bereits in der letzten Ausgabe angekündigt, habe ich am 01.07.2013 die Leitung der Geschäftsstelle übernommen. 28 Jahre jung und bis vor kurzem noch als

Assistentin der Geschäftsleitung bei der M. M. Warburg & CO angestellt, freue ich mich nun auf die mir bevorstehende Arbeit beim **DLH** und darauf, Sie kennen zu lernen. Die Schwerpunkte meiner Tätigkeit liegen in der Koordination der organisatorischen Abläufe sowie der Mitgliederbetreuung. Bei Fra-

gen oder Anliegen sprechen Sie mich gern an.

Sie erreichen mich ab sofort zu folgenden Geschäftszeiten:
montags bis donnerstags
von 09:30 – 17:30 Uhr und freitags
von 09:00 – 16:00 Uhr.

Besprechungen

Das Thalia – 170 Jahre erfolgreiches Theater für Hamburg

Das im Jahre 1843 am Alstertor gegründete Theater gehört seit vielen Jahren zu den bedeutendsten Bühnen im deutschsprachigen Raum, und immer wieder werden herausragende Aufführungen zum jährlichen Theatertreffen in Berlin eingeladen. Wie sich die Bühne seit ihrer Gründung im Laufe der Zeit entwickelt und ihre gegenwärtige Bedeutung erlangt hat, kann man jetzt in einem Schnellkurs nachverfolgen, den Christine Ratka im Auftrag des Theaters vorgelegt hat:

Das Thalia Theater -
„Von morgens bis mitternachts“.
160 Seiten.
Hamburg/München: Dölling und Galitz
Verlag.
€ 14.90.

Der reichlich bebilderte Band stellt das Haus unter der Devise Arbeit und Kunst in vier größeren Abschnitten vor, die die jeweiligen Intendanten umfassen: 1843 1932; 1932 1960; 1960 1985; 1985 bis 2013.

Darüber hinaus werden durch einen Blick hinter die Kulissen verschiedene Tätigkeitsbereiche der Bühne vorgestellt, die eine Aufführung erst ermöglichen, z.B. Bühnenbild und Licht, Dekoration, Bühnentechnik, Kostümbildnerie, Malsaal, Schlosserei und Maskenbild. Beim Durchblättern der Chronik werden viele Leser eigene Theatererlebnisse Revue passieren lassen. Aber man erfährt sicherlich auch viel Neues über das Theaterleben am Thalia, vor allem während der Nazizeit und des Krieges, ebenso wie in den schwierigen ersten Nachkriegsjahren (mit Interimsspielstätten an der Schlankreye und am Besenbinderhof) und der Zeit des Wiederaufbaues, als endlich im Jahre 1960 das heutige Gebäude seiner Bestimmung übergeben werden konnte.

Durch zahlreiche persönliche Kommentare von Theaterleuten und Zitaten aus Hamburger Zeitungen und Theaterbüchern wird die Lektüre dieser Chronik kurzweilig und spannend.

Wolfgang Höbel hat recht, wenn er im Vorwort feststellt: ... es ist nicht nur ein kluger, sondern ein gewitzter, heiterer Geist, der durch dieses Haus weht. Das merkt man als Theaterbesucher, denn der Ensemblegeist prägt das Thalia Theater, man fühlt sich vertraut und heimisch, was für mich selbst insbesondere seit den Intendanten von Jürgen Flimm, Ulrich Khuon und Joachim Lux gilt. Auch wenn das Gebäude drinnen wie draußen nicht mit dem Deutschen Schauspielhaus mithalten kann: Es zählt, was die Theaterleute anzubieten haben, und das ist viel Sehenswertes. Mit der neuen Intendantin Karin Beier erwächst dem Thalia Theater allerdings jetzt eine ernstzunehmende Konkurrentin.

Die angebotene Zeitreise wird mit diesem Band zu einem Fest für die Augen und vermittelt ein faszinierendes Bild vom Treiben im Bienenstock ‚Theater‘, wie der Verlag zu Recht ankündigt.

Helmut P. Hagge

Personalia



Wir gedenken unserer verstorbenen Mitglieder:

Heinke Hillers, Günther Lautier, Konrad Ernst Müller, Manfred Müller, Edith Plewnia, Gabriele Rau.

Wir gratulieren Runde Geburtstage und Jubiläen

90 Jahre

Jürgen Holm, Eva Nötzel.

85 Jahre

Gertrude Lange, Jürgen Pallasch, Martin Karnick, Albert Richter.

80 Jahre

Johanna Schoppmeier, Ingeborg Janke, Clemens Arlinghaus, Maria Commichau, Dr. Günther Müffelmann, Heinrich Trost, Jürgen Vagt, Brita Paulsen.

75 Jahre

Michael Braisch, Karla Zerlin, Hans-Joachim Dzimowski, Fridtjof Kelber, Albrecht Pluns, Kay-Lorenz Schmidt, Heinz-Joachim Walter, Susi Friedrich, Herta Ziegler, Olaf Zimmer-Moll.

70 Jahre

Hiltrud Blaske, Uta Luckhardt, Imke Raffel, Hans-Michael Herold, Wulf Kühne, Joachim Rohlf.

65 Jahre

Renate Fuhrmann, Beate Schröder, Dr. Ulrich Kotzott, Uwe Lehnert, Ilse Oetken, Christina Tants, Klaus-Jürgen Thormann.

Jubiläen

40-jährige Mitgliedschaft

Helmut Petzold, Dietmar Richter, Claus Nielsen, Hans-Joachim Dzimowski, Beate Schröder, Elisabeth Wildgruber.

DL-Humor

Könnten Sie sich vorstellen... ?

Schüler/innen sind empfindliche Wesen. Fast so empfindlich wie manche Lehrerinnen und Lehrer.

Deshalb muss man vorsichtig mit beiden Spezies umgehen und erstere keinesfalls mit so rüden Anmutungen wie: Schreib´ das auf! , Lerne das auswendig! , Bereite Dich auf die Klausur vor! in eine existentielle Krise stürzen.

Pädagogisch korrekt ist es, vorsichtig und einfühlsam mit den anbefohlenen Schützlingen umzugehen. Dazu gehört zunächst, ganz im Sinne einer didaktischen Reflexion, die Überlegung: Muss ich das mir anvertraute Schülergut (Ärzte sprechen ebenso von Patientengut) wirklich mit diesen Lerninhalten befassen? Geht es ihnen nicht besser ohne und welchen Schaden könnten sie dadurch erleiden?

Dann beginnt die Selbstprüfung: Sind meine Motive lauter? Oder klingen lauter lautere Motive nur lauter in mir als die nur allzu berechtigten Bedenken,

weil ich herrschen und meine Überlegenheit beweisen will? Tja, das sind so Fragen (für die Couch).

Habe ich jedoch alle Stadien dieser Selbstprüfung ehrlich und erfolgreich durchschritten, dann, aber wirklich erst dann, darf ich über die richtigen Formulierungen nachdenken, mit denen ich die Lerninhalte an die mir anvertrauten Seelen herantragen darf.

Sehr bewährt haben sich hier die Formulierungen: Könntest Du Dir vorstellen, einmal das Mathebuch auf Seite 18 aufzuschlagen? und Würde es Dich sehr belasten, Dir den Text über den Limes durchzulesen?

Bewährt deshalb, weil diese Fragen einen doppelten Vorteil haben: Zum einen belasten sie nicht das Gewissen der fragenden Lehrkraft und zum anderen passiert in der Regel nichts, welches zu einem irgendwie gearteten Arbeitsaufwand führt, nicht beim Lehrer und nicht beim Schüler!

Erprobte Haudegen unter den lieben Kinderlein wissen allerdings sofort, wen sie vor sich haben und der oder die Betreffende ist dann Wachs in ihren Händen, Wachs mit einer Konsistenz bei 60°C und höher.

Eine Antwort wie: Guck´ doch selbst nach, wenn Du es unbedingt wissen willst!, ist noch eine der harmloseren Sorte. Auch: Nö, schlag´ du man auf!, ist ja noch hinnehmbar. Tiefer stößt schon: *Ich hab´ kein Problem damit, dass ich das nicht weiß.* Und: Ich kann schon selbst entscheiden, welches Buch ich aufklappe! wirkt geradezu zerstörerisch. Man sieht dann, wie berechtigt die Vorahnung war, dass man es lieber hätte bleiben lassen sollen.

Gibt es denn keinen Ausweg aus diesem Dilemma?

Wenn Sie einen wissen, könnten Sie sich dann vorstellen, ihn mir mitzuteilen?

Hans-Dietrich Oldenfeldt

Was noch zu sagen wäre . . .

Plädoyer für die Beibehaltung des achtjährigen Gymnasiums

Im folgenden Beitrag wird eine Stellungnahme des Vorstandes der Vereinigung der Leitungen Hamburger Gymnasien und Studientseminare (VLHGS) wiedergegeben. Wir finden diese Stellungnah-

me vor dem Hintergrund der neu aufgeflamten Diskussion um G8 und G9 mitteilenswert.

Die Redaktion

Zum Schuljahr 2002/2003 wurde in Hamburg die Schulzeit bis zum Abitur am Gymnasium auf acht Jahre verkürzt (G8). Damit wurde einer immer lauter werdenden Forderung aus Politik, Ge-

sellschaft und insbesondere Wirtschaft entsprochen, mit einer verkürzten Schulzeit endlich einem internationalen Standard zu folgen.

Die wöchentliche Stundenbelastung von Schülerinnen und Schülern ist durch die Einführung von G8 in der 5. und 6. Jahrgangsstufe mit 30 Stunden gleich geblieben, in der 7. Jahrgangsstufe hat sie sich um vier von 30 auf 34 Stunden, in der 8. um drei von 31 auf 34 Stunden und in der 9. und 10. Jahrgangsstufe um zwei von 32 auf 34 Stunden erhöht.

Nüchtern betrachtet, haben sich also ein bis drei Wochentage um je eine Unterrichtsstunde verlängert. Die Bildungspläne wurden dem veränderten zeitlichen Rahmen angepasst, damit die Ziele der bisherigen 11. Klasse bis zum Ende der Klasse 10 erreicht werden können. 2007 wurden die Rahmenpläne in den Kernfächern zusätzlich entschlackt. Die von vielen Lehrern/Lehrerinnen und Schülern/

Schülerinnen als unsinnig erachtete Vorstufe (11. Jahrgangsstufe) wurde abgeschafft.

Die Gymnasien haben nicht erst seit Einführung von G8 erhebliche Anstrengungen unternommen, um die Belastung der Schüler/innen in Grenzen zu halten. :

Doppelstundenprinzip mit integrierten Übungs- und individualisierten Lernphasen.

Reduzierung der Fächeranzahl durch Epochenunterricht

Reduzierung von Hausaufgaben

Reduzierung von schriftlichen Lernerfolgskontrollen

Verlässliche Rhythmisierung der Schultage mit Integrierter Mittagspause

Durch zusätzliche Angebote wird auf das steigende Bedürfnis vieler Eltern nach Betreuung ihrer Kinder bis 16.00 Uhr reagiert.

Im Anschluss daran und für diejenigen, die nach dem Unterricht diese Angebo-

te nicht wahrnehmen wollen, bleiben genügend Möglichkeiten zur außerschulischen Teilhabe am sozialen, kulturellen und sportlichen Leben.

Eine Evaluation der schriftlichen Abiturprüfungen mit zentral gestellten Aufgaben im sogenannten Doppeljahrgang 2010 in Hamburg hat in keinem Prüfungsfach relevante Leistungsunterschiede ergeben.

Wenn es, wie in einer wissenschaftlichen Untersuchung in Sachsen-Anhalt festgestellt, tatsächlich negative Effekten auf die Mathematikleistungen im Abitur geben sollte, kann dem leicht durch eine Anhebung der Wochenstunden in Mathematik (flexibilisierte Studententafel) begegnet werden.

Dieselbe Studie hat übrigens keine Unterschiede in bei der Persönlichkeitsentwicklung und der Reife der Abiturienten und Abiturientinnen festgestellt.

IMPRESSUM Blickpunkt Bildung

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:

Montag - Donnerstag: 09:30 - 17:30 Uhr,
Freitag 09:00 - 16:00 Uhr.

Herausgeber:

Deutscher Lehrerverband Hamburg **DLH** e.V.

Geschäftsstelle des DLH:

Papenstraße 18, 22089 Hamburg,
Tel. 040/25 52 72, Fax 040/250 59 49
E-Mail info@dl-hamburg.de, www.dl-hamburg.de

Bankverbindung des DLH:

Hamburger Sparkasse
(BLZ 200 505 50)
Kto.-Nr. 1226/122 644

Redaktion:

Dieter Semprich

Bildnachweis:

Dieter Semprich, tandem-verlag.

Autoren dieser Ausgabe:

Susanne Ehlers, Helmut P Hagge,
Werner Krauss,
Hans-Dietrich Oldenfeldt,
Helge Pepperling,
Wolfgang Plothe-Mitzlaff, Dieter Semprich.

Redaktionsschluss:

für BB 4/13: 24.11.2013

Die Redaktion behält sich das Recht vor,
Artikel zu kürzen.

Verlag, Anzeigen und Herstellung:

Soeth-Verlag Ltd.
Markt 5, 21509 Glinde,
Tel. 040/18 98 25 65, Fax 040/18 98 25 66
E-Mail: info@soeth-verlag.de, www.soeth-verlag.de

„Blickpunkt Bildung“ erscheint viermal jährlich.

„Blickpunkt Bildung“ wird ohne gesonderte Berechnung an die Mitglieder des **DLH** verteilt; das Bezugsgeld ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Die im „Blickpunkt Bildung“ veröffentlichten Artikel geben die persönliche Auffassung des jeweiligen Autors wieder. Verbands offizielle Stellungnahmen des **DLH** werden ausdrücklich als solche gekennzeichnet.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bücher (Rezensionsexemplare) wird keine Gewähr übernommen.



Hamburger Lehrerverband

seit 1897



Die preisgünstige Hausratversicherung im Großraum Hamburg und Lübeck

für Angehörige aller pädagogischen Berufe. Wir versichern Ihren Hausrat für 1,20 Promille der Versicherungssumme inkl. Versicherungssteuer, und das unverändert seit 1996.

Beitragsfrei eingeschlossen sind u. a.:

Diebstahl von Fahrrädern und Kinderwagen, Kfz.-Aufbruch, Überspannungsschäden, jeweils bis zu festgelegten Höchstgrenzen, Höherversicherung gegen Zuschlag möglich.

Informationen und Unterlagen bitte anfordern unter:

E-Mail: info@h-l-f.de

Tel.: 040 333 505 14 (Tobias Mittag)

Tel.: 040 796 128 25/ Fax : 040 796 128 26 (Georg Plicht)

Tel.: 040 679 571 93 / Fax: 040 679 571 94 (Sibylle Brockmann)

www.h-l-f.de

DEUTSCHER LEHRERVERBAND HAMBURG e.V.
GEWERKSCHAFT SCHULE UND BILDUNG IM DBB

Beitrittserklärung

Hiermit erkläre ich meinen Beitritt zum Deutschen Lehrerverband Hamburg e.V.		zum 1. des Monats:	
Name:		Vorname:	
E-Mail:		Geburtsdatum:	
Straße:		PLZ:	Ort:
Tel.:		Mobil:	

Schule:

Besoldungs-/Vergütungsgruppe:

<u>Geworben durch:</u>	Name:	Vorname:
-------------------------------	-------	----------

Bitte das Zutreffende ankreuzen:

vollbeschäftigt Bei Teilzeit bitte Prozentsatz angeben pensioniert
beurlaubt Referendar/-in Student/Studentin arbeitslos
angestellt verbeamtet nicht im öffentlichen Dienst

Ich möchte folgendem Fachbereich zugeordnet und gezielt informiert werden:

Grund-, Stadtteil- und Sonderschulen (VBE) Gewerbliche Berufsschulen (VLBS)
Gymnasien (DPHV HH) Wirtschaftsschulen (VLW)

Ort:

Datum:

Unterschrift:

Lastschriftermächtigung

Ich ermächtige den **DLH** widerruflich, die von mir zu entrichtenden Beiträge bei Fälligkeit zu Lasten meines Girokontos mittels Lastschrift abzubuchen. Wenn mein Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht seitens des kontoführenden Geldinstituts keine Verpflichtung zur Einlösung. Mir ist bekannt, dass hiermit in Zusammenhang stehende Daten auf Datenträger gespeichert werden.

Ich wünsche vierteljährliche , halbjährliche , jährliche Abbuchung.

Bankleitzahl:

Kontonummer:

IBAN

Name des Kontoinhabers (falls abweichend)

Ort:

Datum:

Unterschrift:

Serviceangebote: Ja, ich möchte weitere Informationen

Private Krankenversicherung Privathaftpflichtversicherung Dienstunfähigkeitsversicherung
Privat-, Miet- und Verkehrs-Rechtsschutz Freizeit-Unfall-Versicherung

Ich wünsche den Anruf eines Vorstandsmitglieds zu folgendem Thema:

<u>Bearbeitungsvermerke (bitte nicht ausfüllen)</u>			
Mitgliedsnummer		Anschreiben am:	Zeitung am:

